

## Übersicht

über die vom Rat der Kreisstadt Siegburg in seiner Sitzung am 21.3.2013 gefassten Beschlüsse:

### Öffentliche Sitzung

<b>TO.- Punkt</b>	<b>Beratungsgegenstand</b>	<b>Ergebnis (Kurzfassung)</b>	<b>Beschl.- Nr.</b>
1.	Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung	Der Rat erkannte die erweiterte Tagesordnung einvernehmlich an.	446/11
	Einwohnerfragestunde (Einstimmiger Beschluss über die Verlegung <u>vor</u> Beginn der öffentlichen Tagesordnung des Rates)	Herr Bürgermeister Huhn beantwortete Fragen zu dem Bauvorhaben des Erzbistums Köln auf dem Michaelsberg und zu der geplanten Baustraße.	
2.	Anerkennung der Niederschrift über die Sitzungen des Rates am 20.11.2012 und 13.12.2012	Der Rat erkannte die Niederschriften an.	447/11
3.	Bericht über die Ausführung der in der Sitzung am 20.11.2012 gefassten Beschlüsse	Der Rat nahm zustimmend Kenntnis.	
4.	Bestätigung einer Dringlichkeitsentscheidung vom 15.12.2012; Gründung einer neuen Gesamtschule und beabsichtigte Auflösung der Alexander von Humboldt-Realschule; Abänderung der bestehenden Ratsbeschlüsse vom 20.11.2012	Der Rat genehmigte die Dringlichkeitsentscheidung.	448/11
5.	Ergebnis des Anmeldeverfahrens zur städtischen Gesamtschule Siegburg; Sachstandsbericht	Der Rat nahm Kenntnis.	
6.	Entwurf NKF-Gesamtabschluss der Kreisstadt Siegburg zum 31.12.2010	Der Rat leitete den Entwurf des NKF-Gesamtabschlusses an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.	449/11
7.	Bestätigung einer Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Integrationsrates am 18.2.2013; Entsendung von Mitgliedern des Integrationsrates in die Ausschüsse des Rates der Stadt Siegburg	Der Rat beschloss, die benannten Mitglieder des Integrationsrates in die Ausschüsse des Rates zu entsenden.	450/11

## Niederschrift über die Sitzung des Rates der Kreisstadt Siegburg am 21.3.2013

8.	Umsetzung von Ausschüssen / Bestellung von Vertretung der evangelischen Kirche in den Jugendhilfeausschuss	Der Rat beschloss die Umsetzung des Jugendhilfeausschusses.	451/11
8.1.	Umsetzung von Ausschüssen; Antrag der SPD-Fraktion vom 11.3.2013	Der Rat beschloss die Umsetzung des Kulturbeirates.	452/11
9.	Besetzung der Baumkommission durch einen Fachberater	Der Rat stimmte der Umsetzung der Baumkommission durch einen Fachberater zu.	453/11
10.	Bauvorhaben des Erzbistums Köln auf dem Michaelsberg - Planung einer Baustraße zwischen der Straße "Kleiberg" und der Bergstraße	Der Rat der Stadt bestätigte den erweiterten Beschluss des Planungsausschusses vom 15.2.2013 und beauftragte die Verwaltung mit ergänzenden verkehrlichen Planungen.	454/11- 455/11
11.	Bauvorhaben des Erzbistums Köln auf dem Michaelsberg; Finanzierung der Baustraße zwischen der Straße „Kleiberg“ und Bergstraße	Der Rat der Stadt beschloss die Finanzierung der Baustraße durch eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung.	456/11
12.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 44/5 "Mühlengraben-Quartier" (ehem. Lüghausen-Gelände) Plangebiet: Bereich zwischen Wilhelmstraße, der Straße „Zum Hohen Ufer“, dem Mühlengraben und der Brückbergstraße • Durchführungsvertrag	Der Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen.	
13.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 44/5 "Mühlengraben-Quartier" (ehem. Lüghausen-Gelände) Plangebiet: Bereich zwischen Wilhelmstraße, der Straße „Zum Hohen Ufer“, dem Mühlengraben und der Brückbergstraße • Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen • Satzungsbeschluss	Der Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen.	
14.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 56 Plangebiet: Bereich zwischen der Straße "Neuenhof", der städtischen Feuerwache sowie der Wohnbebauung entlang der Zeithstraße, der Straße "Am Bertrams Weiher" und der Anna-Reuter-Straße im Siegburger Zentrum	Der Rat beschloss gemäß Vorlage.	457/11

## Niederschrift über die Sitzung des Rates der Kreisstadt Siegburg am 21.3.2013

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Behandlung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen</li> <li>• Anpassung der Plangebietsabgrenzung</li> <li>• Beschluss zur Durchführung der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs</li> </ul>		
15.	<p>Bestätigung einer Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Planungsausschusses am 6.2.2013, TOP 9 Außenbereichssatzung gem. § 35 Abs. 6 BauGB "Am Weyergarten", Seligenthal</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen</li> <li>• Satzungsbeschluss</li> </ul>	Der Rat beschloss gemäß Vorlage.	458/11
16.	Anregung der Stadt Rösrath zur Erarbeitung eines Lärminderungsprogramms durch den Flughafen Köln/Bonn; Schreiben an Herrn Minister Michael Groschek	Der Rat stimmte dem Schreiben an den Minister mit Ergänzungen zu (unter Beteiligung der Fluglärmkommission).	459/11
17.	Wiederwahl der Technischen Beigeordneten	Der Rat stimmte der Wiederwahl von Frau Barbara Guckelsberger zur Technischen Beigeordneten einstimmig zu.	460/11
18.	Anfrage der Fraktion „Sozial-Liberale Bürger/Die Linke Siegburg“ vom 27.2.2013	Der Rat nahm Kenntnis.	
19.	Anfragen von Ratsmitgliedern		
19.1.	Anfrage Dr. Fleck zu Rundfunkbeiträgen.	Der Rat nahm Kenntnis.	
19.2.	Anfrage Dr. Fleck zur Übernahme des Schwimmbades „Oktopus“ durch die SBS AöR	Der Rat nahm Kenntnis.	
N1.	Änderung der Richtlinien der Kreisstadt Siegburg über die Förderung von Ferienspielaktionen gemäß § 11 SGB VIII Jugendarbeit - Inklusiv Betreuung	Der Rat beschloss die Neufassung der Richtlinien über die Förderung von Ferienspielaktionen.	461/11
N2.	Änderung der Richtlinien der Kreisstadt Siegburg über die Förderung von schulischen Projekten des Kinder- und Jugendschutzes - Pro Familia	Der Rat beschloss die Neufassung der Richtlinien über die Förderung von schulischen Projekten des Kinder- und Jugendschutzes.	462/11

## Niederschrift über die Sitzung des Rates der Kreisstadt Siegburg am 21.3.2013

N3.	Beschluss über die Gewährung zweier Ausfallbürgschaften für die Stadtentwicklungsgesellschaft Siegburg mbH (SEG)	Der Rat beschloss die Übernahme der Bürgschaften für die SEG.	463/11
20.	Bekanntgaben		
20.1.	Haushalt 2013/2014; hier: Rechtskraft des Haushaltes	Der Rat nahm Kenntnis.	
20.2.	Jahresabschluss 2010 der Kreisstadt Siegburg; hier: Verfügung der Kommunalaufsicht	Der Rat nahm Kenntnis.	
20.3	Auszeichnung als „Europaaktive Kommune“	Der Rat nahm Kenntnis.	
20.4	Finanzierung des Ausbaus von Kindertagesstätten	Der Rat nahm Kenntnis.	
20.5	Jahresabschluss 2012; Einleitung des Prüfverfahrens durch den Rechnungsprüfungsausschuss	Der Rat nahm Kenntnis.	
21.	Verschiedenes	Es wurden keine Themen erörtert.	

## Niederschrift

über die vom Rat der Kreisstadt Siegburg in seiner 19. Sitzung gefassten Beschlüsse:

<b>Beginn:</b>	<b>18:00 Uhr</b>
<b>Ende:</b>	<b>20:30 Uhr</b>
<b>Ort der Sitzung:</b>	<b>Großer Sitzungssaal</b>

### Vom Rat waren anwesend:

Huhn, Franz	Bürgermeister	Hagen, Manfred	FDP
		Peter, Jürgen	FDP
Basche, Marga	CDU		
Becker, Jürgen	CDU	Otter, Michael	SLB / Die Linke
Bermann, Alexander	CDU	Werner, Margret	SLB / Die Linke
Büchel, Ferdinand	CDU		
Burgemeister, Maria-Franziska	CDU	Fleck, Dr. Helmut	Volksabstimmung
Dahmann, Thomas	CDU		
Diegeler-Mai, Anna	CDU		
Ferreira Da Silva, Joao	CDU		
Haase-Mühlbauer, Dr. Susanne	CDU	<b>Es fehlten entschuldigt:</b>	
Höver, Heinz Willi	CDU	Birck, Gernot	CDU
Janoschek, Horst	CDU	Haas, Sigrid	FDP
Krudewig, Prof. Dr. Norbert	CDU	Kierdorf, Karl	CDU
Mai, Hans-Christian	CDU	Krause, Detlef	SPD
Muranko, Ursula	CDU	Thiel, Dr. Dieter	GRÜNE
Römer, Michael	CDU		
Rosorius, Martin	CDU	<b>Teilnehmer/innen der Verwaltung:</b>	
Schwill, Eckhard	CDU	Herr Reudenbach	
Solf, Michael	CDU	Herr Mast	
Stich, Klaus	CDU	Frau Guckelsberger	
Sträßer, Leo	CDU	Herr W. Hohn	
Tsapanidis, Lazaros	CDU	Herr Lehmann	
Waloßek, Nicole	CDU	Herr Kuchheuser	
Eichner, Harald	SPD	Herr Schreiter	
Keller, Michael	SPD	Herr Marks	
Körner, Gaby	SPD	Herr Knippenberg	
Sauerzweig, Frank	SPD	Herr Rutkowski	
Schmidt, Klaus	SPD	Herr Gemünd – Auszubildender –	
Schmidt, Oliver	SPD		
Stauch, Lothar	SPD		
Halft, Charly	GRÜNE		
Meyer, Birgit (ab TOP 10)	GRÜNE		
Müller, Hans-Werner	GRÜNE		
Starke, Phillipp	GRÜNE		
Thiel, Astrid	GRÜNE		

**Zusätzlich zur Tagesordnung wurden als Nachträge behandelt:****Öffentlicher Teil:**

Nachtrag Nr. 1: Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 12.3.2013;

Änderung der Richtlinien der Kreisstadt Siegburg über die Förderung von Ferienspielaktionen gemäß § 11 SGB VIII Jugendarbeit – Inklusive Betreuung

Nachtrag Nr. 2: Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 12.3.2013;

Änderung der Richtlinien der Kreisstadt Siegburg über die Förderung von schulischen Projekten des Kinder- und Jugendschutzes – Pro Familia

Nachtrag Nr. 3: Beschluss über die Gewährung zweier Ausfallbürgschaften für die Stadtentwicklungsgesellschaft Siegburg mbH (SEG)

**Sonstiges: (z.B. Sitzungsunterbrechung)**

Die Tagesordnungspunkte 12 und 13 wurden mit Hinweis des Bürgermeisters auf eine Sondersitzung zum Thema „Lidl / Lüghausengelände“, aktuell terminiert auf den 14. Mai 2013, zurückgezogen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Herr Bürgermeister Huhn den Damen und Herren Ratsmitgliedern, die in der Zeit zwischen den Sitzungen des Rates am 13.12.2012 und 21.3.2013 Geburtstag feierten herzlich und überreichte jeweils eine Flasche Wein.

**Öffentliche Sitzung**

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte Herr Bürgermeister Huhn das Ratsmitglied Hans-Christian Mai. Er dankte für die vielfältigen kommunalpolitischen Verdienste, die sich Herr Mai während seiner 25jährigen Tätigkeit als Mitglied des Rates der Kreisstadt Siegburg sowie als Inhaber zahlreicher Ämter erworben hat. Als Anerkennung überreichte er ihm eine Erinnerungsurkunde und einen Gutschein

TO-Punkt	Beratungsgegenstand	Dienststelle
1.	<b>Anerkennung und ggf. Erweiterung der Tagesordnung</b>	<b>02</b>

Herr Bürgermeister Huhn informierte den Rat über einen Antrag auf Verlegung eines Teils der Einwohnerfragestunde zu Beginn der öffentlichen Sitzung, soweit sich die Fragen auf TOP 10, Bauvorhaben des Erzbistums Köln und Baustraße, beziehen. Er führte aus, dass die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Siegburg und ein Ratsbeschluss vom 25.10.2012 in begründeten Ausnahmefällen Einwohnerfragestunden auch zu Beginn der öffentlichen Sitzung zulassen. Die Beantwortung könne durch den Bürgermeister oder ein Ratsmitglied erfolgen. Jeder Einwohner dürfe höchstens zwei Zusatzfragen stellen, eine Diskussion oder Debatte dürfe nicht erfolgen. Über die Verlegung der Einwohnerfragestunde entscheide der Rat durch Beschluss.

486/11

Sodann ließ Herr Bürgermeister Huhn über den Antrag auf Verlegung der Einwohnerfragestunde zu Beginn der öffentlichen Sitzung abstimmen.

Der Rat beschloss, die Einwohnerfragestunde zu Beginn der öffentlichen Sitzung durchzuführen.

AE: Einstimmiger Beschluss  
38 Ja-Stimmen

Weiterhin informierte Herr Bürgermeister Huhn den Rat darüber, dass die Tagesordnung gemäß § 48 Abs. 1 GO NRW um drei Nachträge im öffentlichen Teil zu erweitern sei. Zudem lägen je eine Ergänzung zu TOP 8 und zu TOP 10 vor.

Er wies darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 12 und 13 von der Verwaltung zurückgezogen werden. Es werde eine Sondersitzung des Rates zu dem Thema „Lidl / Lüghausengelände“ stattfinden.

Anmerkung der Verwaltung:  
Die die außerordentliche Ratssitzung findet am 14. Mai 2013 statt.

AE: Einstimmiger Beschluss  
38 Ja-Stimmen

**1. Teil der Einwohnerfragestunde****02**

Herr Groß fragte, ob es zutreffe, dass täglich mit 250, an Spitzentagen mit bis 500 Verkehrsbewegungen zu rechnen sei. An wie vielen Tagen sei von bis zu 500 Verkehrsbewegungen auszugehen?

Herr Bürgermeister Huhn antwortete, dass das Verkehrsgutachten der Ingenieurgesellschaft Stolz GmbH von einem rechnerischen Verkehrsaufkommen von 239 Fahrten pro Tag ausgehe, an 40 Spitzentagen im Jahr werden 400 Fahrtbewegungen prognostiziert.

Herr Groß fragte, warum dieses Verkehrsgutachten erst jetzt öffentlich bekannt gemacht worden sei?

Herr Bürgermeister Huhn antwortete, dass das Gutachten erst jetzt vorliege. Vorher sei eine Bewertung der Inhalte des Gutachtens nicht möglich gewesen.

Herr Groß fragte, ob die öffentliche Restauration mit einer Größe von 30 Plätzen realistisch sei, oder ob mit einer größeren Restauration und damit mit mehr Verkehrsbewegungen gerechnet werden müsse.

Herr Bürgermeister Huhn antwortete, dass eine öffentliche Restauration nur in der ehemaligen „Abteistube“ betrieben werden könne. Dort seien aufgrund der örtlichen Gegebenheiten maximal 30 Plätze möglich. Die Entscheidung, ob dort ein gastronomischer Betrieb errichtet werde, sei noch offen.

Herr Groß führte aus, dass sich das Verkehrsgutachten nur mit der Verkehrssituation in der Mühlen- und Bergstraße beschäftige, jedoch keine Aussagen zur Verkehrssituation in den Straßen Kleiberg, Wolsdorfer Straße und Alfred-Keller-Straße enthalte. Führt der Baustellenverkehr dort zu weiteren verkehrlichen Problemen?

Herr Bürgermister Huhn antwortete, dass in der Wolsdorfer Straße und in der Alfred-Keller-Straße nur während der „Rush-Hour“ Probleme aufträten, ansonsten seien verkehrliche Probleme dort nicht festzustellen.

Herr Groß fragte, ob sich die Verwaltung den Auswirkungen auf die Umwelt bewusst sei, falls die Baustraße auch nach Beendigung der Bauphase bestehen bleibe.

Herr Huhn beantwortete die Frage dahingehend, dass sich die Verwaltung dessen bewusst sei. Entsprechende Ausgleichsmaßnahmen würden in einem solchen Falle durchgeführt.

Herr Groß führte aus, dass durch die Versiegelung der Fläche der Baustraße eine Versickerung von Niederschlagswasser nicht möglich sei. Habe dies für den Fall des dauerhaften Erhalts der Baustraße Auswirkungen auf das Grundwasser?

Frau Guckelsberger antwortete, dass das auf der asphaltierten Fläche anfallende Niederschlagswasser nicht in einen Kanal eingeleitet, sondern in die Seitenbereiche der Straße geleitet werde und dort versickere. Dies habe keine Auswirkungen auf das Grundwasser.

Herr Groß fragte weiterhin, warum nicht ein Verkehrsgutachten für das komplette Stadtgebiet Siegburg erstellt worden sei, das auch die Möglichkeit eines Shuttle-Verkehrs sowie eines Aufzuges vom Mülentorplatz auf den Michaelsberg berücksichtigte?

Herr Bürgermeister Huhn antwortete, dass ein Verkehrsgutachten für die komplette Stadt Siegburg vorliege. Dies werde laufend fortgeschrieben.

Herr Karich fragte nach, ob es zutreffe, dass sich der Rosengarten sowie der Parkplatz unterhalb der Abtei, auf dem der Erweiterungsbau errichtet werde, in städtischem Eigentum befänden.

Herr Bürgermeister Huhn informierte darüber, dass sich sowohl der zu bebauende Parkplatz als auch der Rosengarten in städtischem Eigentum befinden.

Herr Karich führte weiterhin aus, dass der Michaelsberg seiner Auffassung nach ein marodes ökologisches Gelände sei. Sei bekannt, was die Stadt zukünftig für dessen Sicherung und Unterhaltung aufbringen müsse?

Herr Huhn antwortete, dass diese Frage in den Bürgerforen erörtert werde. Sobald Ergebnisse vorlägen, könne man den finanziellen Aufwand beziffern.

Herr Stöcker führte aus, dass in den Auslobungsunterlagen zum bereits erfolgten Architektenwettbewerb die Erschließung der ehemaligen Abtei über die vorhandenen Straßen gefordert worden sei. Wurden alle Alternativen zu der beabsichtigten Baustraße geprüft?

Herr Bürgermeister Huhn führte aus, dass der Auslobungstext zum Architektenwettbewerb eine Erschließung über die Mühlenstraße vorgesehen habe. Aufgrund bisheriger Erfahrungen des Katholischen Sozialen Institutes, müssen jedoch 120 Parkplätze für Seminarteilnehmer vorgehalten werden. Alle Architektenentwürfe sahen eine Tiefgarage unter dem neu zu errichtenden Anbau vor. Jedoch stelle das Verkehrsgutachten fest, dass eine zweite Straße zur verkehrlichen Erschließung sinnvoll sei.

Auf Grundlage dieses Verkehrsgutachtens habe Herr Generalvikar Dr. Heße mit Schreiben vom 20.2.2013 darum gebeten, die Baustraße auch nach Beendigung der Bauphase bestehen zu lassen. Herrn Generalvikar Dr. Heße wurde am 25.2.2013 schriftlich bestätigt, dass auch die Stadt Siegburg darin übereinstimme, dass das Katholisch Soziale Institut verkehrlich gut angebunden und erreichbar sein müsse. Jedoch habe der Planungsausschuss mit großer Mehrheit entschieden, „dass über den endgültigen Betrieb der Baustraße erst ein halbes bis ein Jahr nach dem tatsächlichen

Betrieb des Katholisch Sozialen Institutes entscheiden werden solle.“

Auch habe das Generalvikariat mit Schreiben vom 21.3.2013 darum gebeten, das Verfahren zur Befreiung von den Vorgaben des Landschaftsschutzes im Zusammenhang mit der Errichtung der Baustraße einzuleiten. Demnach erklärt sich das Erzbistum Köln mit der beabsichtigten Vorgehensweise einverstanden.

Herr Stöcker führte aus, dass die beabsichtigte Baustraße lediglich über die Straße „Kleiberg“ zu erreichen ist. Diese sei, inklusive des Parkstreifens, 4,20 Metern breit. Die Straße befände sich in einem schlechten Zustand, eine Verbreiterung sei durch die beiden Baumreihen problematisch. Wie soll der Baustellenverkehr durch diese Straße gewährleistet werden?

Herr Bürgermeister Huhn antwortete, dass geeignete verkehrliche Maßnahmen ergriffen werden. Der Parkstreifen werde entfernt. Auch sei der Einsatz einer Baustellenampel denkbar.

Die vorgezogene Einwohnerfragestunde endete um 18.30 Uhr.

<b>2.</b>	<b>Anerkennung der Niederschrift über die Sitzungen des Rates am 20.11.2012 und 13.12.2012</b>	<b>02</b>
-----------	--	-----------

Der Rat erkannte die Niederschriften einvernehmlich an.

447/11

AE: Einstimmiger Beschluss  
39 Ja-Stimmen

<b>3.</b>	<b>Bericht über die Ausführung der in der Sitzung am 20.11.2012 gefassten Beschlüsse</b>	<b>02</b>
-----------	--	-----------

Der Rat der Stadt nahm zustimmend Kenntnis.

<b>4.</b>	<b>Bestätigung einer Dringlichkeitsentscheidung vom 15.12.2012 Gründung einer neuen Gesamtschule und beabsichtigte Auflösung der Alexander von Humboldt-Realschule</b>	<b>IV / 51</b>
-----------	--	----------------

Der Rat bestätigte folgende im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung am 15.12.2012 gefassten Beschlüsse: 448/11

1. Der Beschluss des Rates vom 20.11.2012 zur auslaufenden Auflösung der Alexander von Humboldt-Realschule wird aufgehoben. Die Alexander von Humboldt-Realschule wird ab dem Schuljahr 2013/2014 als zweizügige Realschule fortgeführt.
2. Der Beschluss des Rates vom 20.11.2012 zur Errichtung einer sechszügigen Gesamtschule im Schulzentrum Neuenhof ab dem Schuljahr 2013/2014 wird insoweit abgeändert, als dass die neue Gesamtschule vierzünftig eingerichtet wird.

3. Im Übrigen bleiben die am 20.11.2012 gefassten Beschlüsse zur Weiterentwicklung der Siegburger Schullandschaft unverändert bestehen.

AE: Einstimmiger Beschluss  
39 Ja-Stimmen

<b>5.</b>	<b>Ergebnis des Anmeldeverfahrens zur städtischen Gesamtschule Siegburg; Sachstandsbericht</b>	<b>IV / 51</b>
-----------	--	----------------

Herr Becker, CDU-Fraktion, bat um Bekanntgabe der aktuellen Anmeldezahlen der übrigen weiterführenden Schulen.

Herr Bürgermeister Huhn ergänzte, dass dem Anno-Gymnasium 120 Anmeldungen (Vorjahr 122), davon 80 Siegburger, 40 Externe, dem Gymnasium Alleestraße 105 Anmeldungen (Vorjahr 97), davon 77 Siegburger, 28 Externe und der Freien Christlichen Gesamtschule 47 Anmeldungen (Vorjahr 87), davon 14 Siegburger, 33 Externe vorlägen. Bei der Freien Christlichen Gesamtschule laufe das Anmeldeverfahren weiter. Es sei an keine Frist gebunden, da es sich um eine Privatschule handele.

Bei der neu gegründeten Gesamtschule wurden 8 Siegburger Kinder abgelehnt, in 7 Fällen sei Widerspruch eingelegt worden. Eine Anmeldung wurde zurückgezogen, der frei gewordene Platz werde an ein Siegburger Kind vergeben.

Herr Sauerzweig fragte nach, ob sich aus diesen Zahlen weiterer Handlungsbedarf hinsichtlich der Zügigkeit der Gesamtschule ergebe.

Herr Bürgermeister Huhn antwortete, dass aktuell kein Handlungsbedarf vorliege. Sollten sich weitere Änderungen ergeben, würden die erforderlichen Beschlüsse ggfs. im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung getroffen.

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fragte, ob bislang durch die Stadt Schulgebühren für Schüler der Freien Christlichen Gesamtschule übernommen worden sind.

Herr Bürgermeister Huhn erwiderte, dass bislang keine Schulgebühren durch die Stadt bezahlt wurden.

Der Rat nahm Kenntnis.

<b>6.</b>	<b>Entwurf NKF-Gesamtabschluss der Kreisstadt Siegburg zum 31.12.2010</b>	<b>IV / 20</b>
-----------	---	----------------

449/11

Der Rat leitete den vom Bürgermeister vorgelegten Entwurf des Gesamtabschlusses 2010 gem. § 116 Abs. 1 i.V.m. § 96 Abs. 1 GO NRW zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weiter.

AE: Einstimmiger Beschluss  
39 Ja-Stimmen



<b>9.</b>	<b>Besetzung der Baumkommission durch einen Fachberater</b>	<b>02</b>
-----------	---	-----------

Frau Werner, Fraktion SLB / Die Linke merkte an, dass kein Mitglied ihrer Fraktion in der Baumkommission vertreten sei. 453/11

Herr Bürgermeister Huhn erwiderte, dass die Beratungen über eine Erweiterung der Baumkommission in der nächsten Wahlperiode erfolgen müssten.

Der Rat stimmte der Umbesetzung der Baumkommission zu. Herr Ralf Beyer wird zukünftig als Fachberater Baum als Ersatz für den ausgeschiedenen Herrn Bergweiler in der Kommission tätig.

AE: Einstimmiger Beschluss  
37 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen

<b>10.</b>	<b>Bauvorhaben des Erzbistums Köln auf dem Michaelsberg; Planung einer Baustraße zwischen der Straße "Kleiberg" und der Bergstraße</b>	<b>III / 61</b>
------------	--	-----------------

Herr Müller, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, kritisierte, dass die Verwaltung vorgebe, dass die Einrichtung der Baustraße bereits im Ältestenrat beschlossen worden sei. Der Ältestenrat könne jedoch keine Beschlüsse fassen. Weiterhin kritisierte er, dass sich die Stadtverwaltung auf das von dem Erzbistum Köln als Bauherr beauftragte Verkehrsgutachten stütze, das den Bau einer Baustraße – teilweise auf Kosten der Steuerzahler – fordere. 454/11 - 455/11

Herr Becker entgegnete für die CDU-Fraktion, dass der Michaelsberg und die ehemalige Abtei das Wahrzeichen der Stadt Siegburg seien. Das Generalvikariat investiere trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage einen erheblichen Betrag in Umbau und Erweiterung der ehemaligen Abtei; die Architektenentwürfe wurden allseits gelobt. Hierfür sei die Stadt dankbar. Ziel müsse es daher sein, dieses Projekt voranzubringen. Dafür sei es erforderlich, einen Beitrag zu leisten; sei es durch eine Beteiligung an den Kosten der Baustraße.

Ideallösung sei sicherlich, dass es der Baustraße nicht bedürfe. Eine Alternative sei nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht ersichtlich, insbesondere seien die Mühlenstraße und die Bergstraße für den Schwerlastverkehr während der Bauphase ungeeignet. Gleiches gelte für die vorgeschlagene alternative Streckenführung durch die Neue Poststraße und die Tierbungertstraße.

Ebenso seien ausreichende Einstellplätze (120) auf dem Michaelsberg erforderlich, damit das Institut angenommen werde. Die Umsetzung eines Shuttleverkehrs sei schwierig.

Im Übrigen gebe es eine Grundsatzentscheidung den Mühlentorplatz nicht zu bebauen.

Eine künftige verkehrliche Erschließung des Katholisch Sozialen Institutes sei ohne den Erhalt der Baustraße wünschenswert, dem widerspreche jedoch das Verkehrsgutachten. Da eine Prognose zum jetzigen Zeitpunkt schwierig sei, solle die verkehrliche Entwicklung nach der tatsächlichen Betriebsaufnahme des Katholisch Sozialen Instituts abgewartet und über den endgültigen Betrieb der Baustraße erst nach einem halben bis einem Jahr entschieden werden.

Herr Sauerzweig, SPD-Fraktion, schloss sich den Ausführungen von Herrn Becker an und ergänzte, dass der Weggang der Benediktiner eine alternative Nutzung der Abtei erforderlich gemacht habe. Eine weitere religiöse Nutzung sei wünschenswert; eine rein kommerzielle Nutzung sei keine Alternative gewesen. Die Entscheidung zum Bau einer Baustraße falle auch seiner Fraktion nicht leicht, jedoch seien alternative Lösungen nicht ersichtlich. Ein Shuttle-Service oder ein Aufzug scheidet aus. Vor einem abschließenden Beschluss über den Verbleib der Baustraße sei die Testphase abzuwarten.

Die Entwürfe zum Umbau und Erweiterung der Abtei seien frühzeitig und umfassend bekannt gemacht worden. Keine Fraktion habe die Entwürfe kritisiert. Das Motiv für die Kritik der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN an der beabsichtigten Baumaßnahme liege wohl eher darin, ein umweltpolitisches Thema zu schaffen.

Bereits in seiner Sitzung am 3.5.2012 habe sich der Planungsausschuss mit dem Flächennutzungsplan Michaelsberg beschäftigt und dem Katholischen Sozialen Institut bestätigt, dass auf dem Michaelsberg eine Parkmöglichkeit geschaffen werden soll. Auch die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN haben seinerzeit zugestimmt.

Die SPD-Fraktion werde der Verwaltungsvorlage zustimmen. Sie bittet jedoch darum, Alternativen zu dem Erhalt der Baustraße nach Beendigung der Bauphase zu prüfen.

Frau Thiel entgegnete für die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, dass man froh über die Ansiedlung des Katholischen Sozialen Instituts sei, jedoch wolle man den Michaelsberg als grüne Lunge schützen und keine Veränderungen zulassen. Die Baustraße führe zu einer Versiegelung von rund 1.600 m<sup>2</sup> und damit zu Einschnitten für das Stadtklima. Erforderlich seien mehr Grünflächen in der Innenstadt und nicht weniger. Eine voll ausgebaute Baustraße unter Kostenbeteiligung der Steuerzahler sei nach Auffassung ihrer Fraktion nicht erforderlich.

Herr Huhn erläuterte, dass das Bauvorhaben des Katholischen Sozialen Instituts auf dem Michaelsberg fraktionsübergreifend einvernehmlich thematisiert worden sei. Auch nachträglich seien keine Fragen oder Bedenken geäußert worden.

Die Baustraße sei während der Bauphase zwingend erforderlich. Auch sei eine gute verkehrliche Anbindung des Katholischen Sozialen Instituts für einen erfolgreichen Betrieb unerlässlich. Die Verwaltung werde alle alternativen verkehrlichen Erschließungsmöglichkeiten für das Katholische Soziale Institut – auch nach Beendigung der Bauphase – prüfen.

Auch Herr Peter begrüßte für die FDP-Fraktion die Entscheidung zur Ansiedlung des Katholischen Sozialen Instituts auf dem Michaelsberg. Es handele sich um ein Kernprojekt für Siegburg; der Architektenentwurf sei gelungen.

Auch sei die Baustraße im geplanten Umfang erforderlich und es sei sinnvoll, bereits jetzt die baulichen Voraussetzungen für einen möglichen Verbleib der Straße zu schaffen.

Die FDP-Fraktion werde daher der Verwaltungsvorlage zustimmen.

Herr Halft, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, erklärte nochmals, dass auch seine Fraktion die Ansiedlung des Katholischen Sozialen Instituts auf dem Michaelsberg begrüße, da das Institut eine größere Leuchtturmwirkung erzielen werde als zuletzt die Benediktinermönche.

Zwar habe sich der Ältestenrat mit dem Bauvorhaben beschäftigt, die Baustraße sei jedoch nicht thematisiert worden.

Auch sei im Auslobungstext für den Architektenwettbewerb eine Erschließung über die Mühlenstraße und Bergstraße vorgegeben gewesen.

Ferner seien auf den ihm bekannten Plänen für den Anbau nur 90 und nicht 120 Stellplätze eingezeichnet worden. Aktuell stünden auf dem Parkplatz 35 Parkplätze zur Verfügung. Daher sei es unrealistisch, auf zwei Parkebenen 120 Parkplätze einrichten zu wollen. Auch sei der geplante Anbau höher als erwartet und enthalte ein Zwischengeschoss, dessen Nutzung unklar sei. Insbesondere der Kubus als Verbindung zu dem Bestandsgebäude sei nicht Gegenstand der bisherigen Beratungen gewesen.

Eine Baustraße in dem geplanten Umfang, insbesondere für Begegnungsverkehr und mit Beleuchtung ausgebaut, sei nicht erforderlich. Auch sei der Abfluss des Baustellenverkehrs ab der Straße Kleiberg unklar, die Straße Kleiberg sei zu schmal und befände sich in einem desolaten Zustand.

Er gehe davon aus, dass die Baustraße für einen längeren Zeitraum als drei Jahre vorgesehen sei, dies mache größere Ausgleichsmaßnahmen notwendig.

Vor dem Beschluss über die Errichtung der Baustraße seien – seiner Auffassung nach – weitere Beratungen im Planungsausschuss erforderlich.

Herr Bürgermeister Huhn entgegnete, dass das Zwischengeschoss für Büroräume genutzt werde. Auch sei die Baustraße für 3 Jahre vorgesehen, nämlich für die Bauzeit von 2,5 Jahren und eine halbjährliche Probezeit. Die Notwendigkeit der Anbringung einer Straßenbeleuchtung werde – auch vor dem Hintergrund der Kosten – geprüft und in die Beschlussfassung aufgenommen.

Darüber hinaus stellte der Bürgermeister fest, dass zumindest Einigkeit über die Notwendigkeit der Errichtung einer Baustraße für die Bauphase bestehe. Herr Halft stimmte dem zu.

Herr Otter erklärte, dass die Fraktion SLB / Die Linke der Errichtung der Baustraße zustimmen werde. Jedoch dürfe die Baustraße nicht als zusätzliche verkehrliche Erschließung des Mühlenviertels genutzt werden. Die Probezeit solle genutzt werden, um alternative Erschließungsmöglichkeiten zu entwickeln. Herr Otter bat die Verwaltung, alternative Erschließungsmöglichkeiten für die Zeit

nach der Beendigung der Bauphase zu prüfen. Auch müssten für den Fall des Verbleibs der Baustraße die Ausgleichsmaßnahmen erneut überprüft werden.

Herr Bürgermeister Huhn informierte diesbezüglich, dass die Ausgleichsmaßnahmen für einen befristeten Verbleib der Straße festgesetzt würden. Anderenfalls müssen weitere Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden.

Frau Werner stellte für die Fraktion SLB / Die Linke fest, dass die Ansiedlung des Katholischen Sozialen Instituts die Erstellung einer Baustraße erforderlich mache, auch wenn diese Straße nicht wünschenswert sei.

Sie stellte für Ihre Fraktion folgenden Antrag:

„Der Rat beauftragt die Verwaltung, alternative verkehrliche Erschließungsmöglichkeiten für das Katholische Soziale Institut nach Beendigung der Bauphase zu prüfen.“

Herr Dr. Fleck stellte fest, dass die Baustraße als Provisorium während der Bauphase erforderlich sei.

Herr Bürgermeister Huhn erklärte, dass die finanzielle Beteiligung mit Schreiben vom 20.2.2012 von Herrn Generalvikar Dr. Heße erbeten worden sei.

Herr Becker stellte für die CDU-Fraktion fest, dass die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN bisher keine geeigneten Alternativen für die Baustraße und deren Streckenführung für die Bauphase aufgezeigt habe. Die geplante Baustraße müsse für Begegnungs- und Schwerlastverkehr geeignet sein. Damit würden gleichzeitig auch die baulichen Voraussetzungen für einen dauerhaften Verbleib geschaffen. Ein nachträglicher Ausbau der Straße führe zu erheblich höheren Kosten. Herr Becker stellte weiterhin fest, dass alle Fraktionen den Rückbau der Baustraße begrüßen würden, dies stelle den Idealzustand dar. Jedoch werde die Probezeit aufzeigen, ob der Verbleib der Straße erforderlich sei.

Herr Halft stellte für die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN folgenden Antrag:

„Die Baustraße wird nach Beendigung der Bauphase zurückgebaut.“

Herr Becker stellte hierzu für die CDU-Fraktion gemäß § 13 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Siegburg folgenden Vertagungsantrag:

„Der Rat vertagt die Beschlussfassung über diesen Antrag um 3 Jahre.“

Herr Bürgermeister Huhn ließ zunächst über den weitergehenden Vertagungsantrag abstimmen.

AE: Mehrheitliche Zustimmung  
29 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen

Sodann stellte Herr Bürgermeister Huhn den um den Antrag der Fraktion SLB / Die Linke und die Prüfung der Notwendigkeit einer Beleuchtung der Baustraße erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat bekräftigte den Beschluss des Planungsausschusses vom 15.2.2013 und beauftragte die Verwaltung, in diesem Sinne alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und ergänzend alternative verkehrliche Erschließungsmöglichkeiten für das Katholische Soziale Institut nach der Bauphase zu entwickeln. Die Notwendigkeit einer Beleuchtung der Baustraße soll ebenfalls geprüft werden.

AE: Mehrheitliche Zustimmung  
34 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

<b>11.</b>	<b>Bauvorhaben des Erzbistums Köln auf dem Michaelsberg; Finanzierung der Baustraße zwischen der Straße „Kleiberg“ und Bergstraße</b>	<b>IV / 20</b>
------------	---	----------------

Der Rat beschloss eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 220.000 € für die neue Investitionsmaßnahme „Baustraße Michaelsberg“. Deckung erfolgt über die Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung 2015 bei der Investitionsmaßnahme I08068.001 – Verlängerung Konrad-Adenauer-Allee bis Lindenstr. –.

456/11

AE: Mehrheitliche Zustimmung  
33 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

<b>12.</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 44/5 "Mühlengraben-Quartier" (ehem. Lüghausen-Gelände) Plangebiet: Bereich zwischen Wilhelmstraße, der Straße „Zum Hohen Ufer“, dem Mühlengraben und der Brückbergstraße</b> • <b>Durchführungsvertrag</b>	<b>III / 61</b>
------------	--	-----------------

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Hinweis auf eine Sondersitzung des Rates zum Thema „Lidl / Lüghausengelände“ von der Verwaltung zurückgezogen.

<b>13.</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 44/5 "Mühlengraben-Quartier" (ehem. Lüghausen-Gelände) Plangebiet: Bereich zwischen Wilhelmstraße, der Straße „Zum Hohen Ufer“, dem Mühlengraben und der Brückbergstraße</b> • <b>Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen</b> • <b>Satzungsbeschluss</b>	<b>III / 61</b>
------------	---	-----------------

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Hinweis auf eine Sondersitzung des Rates zum Thema „Lidl / Lüghausengelände“ von der Verwaltung zurückgezogen.

<b>14.</b>	<b>Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 56</b> <b>Plangebiet: Bereich zwischen der Straße "Neuenhof", der städtischen Feuerwache sowie der Wohnbebauung entlang der Zeithstraße, der Straße "Am Bertrams Weiher" und der Anna-Reuter-Straße im Siegburger Zentrum</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Behandlung der im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung eingegangenen Stellungnahmen</b></li> <li>• <b>Anpassung der Plangebietsabgrenzung</b></li> <li>• <b>Beschluss zur Durchführung der öffentlichen Auslegung des Planentwurfs</b></li> </ul>	<b>III / 61</b>
------------	--	-----------------

Frau Thiel, Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fragte, ob die sich dort befindende Halfpipe verschoben oder komplett entfernt werde. 457/11

Herr Huhn informierte darüber, dass die Halfpipe auf die andere Seite der Zufahrt der Feuerwache verlegt werde. Zusätzlich werde der Basketballplatz um 5 Meter Richtung Zufahrt der Feuerwache verschoben.

1. Der Rat beschloss die Änderung der Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes gem. der Darstellung unter Punkt 4 der Beschlussvorlage.
2. Der Rat erklärte sich mit der von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen einverstanden und beauftragte die Verwaltung mit dem Entwurf des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 56, einschließlich Vorhaben- und Erschließungsplan, die Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Behörden gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

AE: Einstimmiger Beschluss  
40 Ja-Stimmen

<b>15.</b>	<b>Bestätigung einer Beschlussempfehlung aus der Sitzung des Planungsausschusses am 6.2.2013, TOP 9</b> <b>Außenbereichssatzung gem. § 35 Abs. 6 BauGB</b> <b>"Am Weyergarten", Seligenthal</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen</b></li> <li>• <b>Satzungsbeschluss</b></li> </ul>	<b>III / 61</b>
------------	--	-----------------

1. Nach Abwägung aller Belange, beschloss der Rat, die im Laufe des Satzungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen, wie unter Punkt 3 des Sachverhaltes dargestellt, zu behandeln. 458/11
2. Der Rat erklärte sich mit dem Inhalt der zum Satzungsbeschluss vorliegenden Begründung einverstanden.
3. Der Rat beschloss den anliegenden Entwurf der Außenbereichssatzung „Am Weyergarten“ einschließlich Begründung als Satzung.

AE: Mehrheitliche Zustimmung  
38 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

<b>16.</b>	<b>Anregung der Stadt Rösrath zur Erarbeitung eines Lärmminderungsprogramms durch den Flughafen Köln/Bonn; Schreiben an Herrn Minister Michael Groschek</b>	<b>III</b>
------------	---	------------

Herr Stich führte für die CDU-Fraktion aus, dass der Flughafen neue Lande- und Startgebühren festgesetzt habe. Ziel der Gebührenänderung sollte eine Verlegung von Flügen von der Nacht auf den Tag sowie der Einsatz von leiseren Maschinen sein. Die Gebührenerhöhung sei hierfür jedoch nicht geeignet, da die Gebührenerhöhungen zu gering ausgefallen seien. Die Gebühren betrügen nur 30 % der Gebühren an anderen Flughäfen und resultieren aus einer Absprache des Flughafens mit den Fluglinien. Herr Stich beantragte, den Beschlussvorschlag um die Formulierung zu erweitern, dass die Fluglärmkommission am Flughafen Köln/Bonn an der Erstellung eines Lärmminderungsprogrammes zu beteiligen ist.

459/11

Herr Becker, CDU-Fraktion, ergänzte, dass ungeachtet dieser Aufforderung der juristische Weg zur Erreichung eines Nachtflugverbotes weiterhin konsequent verfolgt werde.

Herr Peter, FDP-Fraktion, Herr Sauerzweig, SPD-Fraktion und Herr Otter, Fraktion SLB / Die Linke, erklärten hierzu Ihre Unterstützung.

Sodann stellte Herr Bürgermeister Huhn den erweiterten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der Rat forderte Herrn Minister Michael Groschek auf, den Flughafen Köln/Bonn unter Beteiligung der Fluglärmkommission am Flughafen Köln/Bonn zur Vorlage eines Lärmminderungsprogramms binnen eines Jahres zu verpflichten und dieses der Stadt Siegburg bekannt zu geben. Das Lärmminderungsprogramm soll insbesondere Maßnahmen beinhalten, die darauf abzielen, den Fluglärm in der Zeit von 0.00 Uhr bis 5.00 Uhr signifikant zu senken.

AE: Einstimmiger Beschluss  
40 Ja-Stimmen

<b>17.</b>	<b>Wiederwahl der Technischen Beigeordneten</b>	<b>II/2 / 10</b>
------------	---	------------------

Frau Guckelsberger verließ den Sitzungssaal.

460/11

Der Rat wählte Frau Barbara Guckelsberger gemäß § 71 i.V.m. § 50 Abs. 2 GO NRW zur Technischen Beigeordneten der Kreisstadt Siegburg.

AE: Einstimmiger Beschluss  
40 Ja-Stimmen

Frau Guckelsberger betrat den Sitzungssaal und nahm die Wahl an. Herr Bürgermeister Huhn gratulierte im Namen des Rates herzlich.

<b>18.</b>	<b>Anfrage der Fraktion „Sozial-Liberale Bürger/Die Linke Siegburg“ vom 27.2.2013</b>	<b>AÖR</b>
------------	---	------------

Frau Werner, Fraktion SLB/Die Linke bemängelte, dass die Anfrage nur unvollständig beantwortet sei. Die Bilanzen des Hotel- sowie des Tauchturbetriebes sowie die abgeschlossenen Pachtverträge seien ihr nicht bekannt. Auch seien die Investitionen nicht aufgeschlüsselt worden. Erste technische Mängelbeseitigungen seien bereits erforderlich geworden, obwohl der bisherige Betreiber 20 Mio € in das Bad investiert habe.

Herr Kuchheuser stellte fest, dass der Rat in seiner Sitzung am 13.12.2013 einstimmig die Rekommunalisierung des Freizeitbades „Oktopus“ beschlossen habe. Weiterhin erklärte er Frau Werner, dass die abgeschlossenen Pachtverträge und TÜV-Gutachten nach Terminabsprache jederzeit eingesehen werden können. Es bestehe jedoch kein Recht auf Einsichtnahme in die Bilanzen der Betriebe; dies stünde auch den Stadtbetrieben Siegburg AÖR nicht zu.

Die vorhandenen Mängel seien ebenfalls in der Sitzung des Rates am 13.12.2012 thematisiert worden. Das bei dem Betrieb eines Schwimmbades laufend Investitionen getätigt werden müssten, sei normal und ergebe sich aus der Praxis. Auch für diese Investitionen sei eine Akteneinsicht nach Terminabsprache möglich.

<b>19.</b>	<b>Anfragen von Ratsmitgliedern</b>	
------------	-------------------------------------	--

<b>19.1.</b>	<b>Anfrage Dr. Fleck zu Rundfunkbeiträgen</b>	<b>10</b>
--------------	---	-----------

Der Rat nahm Kenntnis.

<b>19.2.</b>	<b>Anfrage Dr. Fleck zur Übernahme des Schwimmbads „Oktopus“ durch die SBS AÖR</b>	<b>AÖR</b>
--------------	--	------------

Der Rat nahm Kenntnis.

<b>N1.</b>	<b>Änderung der Richtlinien der Kreisstadt Siegburg über die Förderung von Ferienspielaktionen gemäß § 11 SGB VIII Jugendarbeit - Inklusive Betreuung</b>	<b>IV / 51</b>
------------	---	----------------

Der Rat beschloss entsprechend dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 12.3.2013 die Neufassung der Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen zur Förderung von Ferienspielaktionen gemäß § 11 SGB VIII Jugendarbeit.

461/11

AE: Einstimmiger Beschluss  
40 Ja-Stimmen

<b>N2.</b>	<b>Änderung der Richtlinien der Kreisstadt Siegburg über die Förderung von schulischen Projekten des Kinder- und Jugendschutzes - Pro Familia</b>	<b>IV / 51</b>
------------	---	----------------

Der Rat beschloss entsprechend dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 12.3.2013 die Neufassung der Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen zur Förderung von schulischen Projekten des Kinder- und Jugendschutzes. 462/11

AE: Einstimmiger Beschluss  
40 Ja-Stimmen

<b>N3.</b>	<b>Beschluss über die Gewährung zweier Ausfallbürgschaften für die Stadtentwicklungsgesellschaft Siegburg mbH (SEG)</b>	<b>IV / AöR</b>
------------	---	-----------------

Herr Bürgermeister Huhn ergänzte, dass durch die Umschuldung jährlich rund 40.000 € eingespart würden. 463/11

Der Rat beschloss die Übernahme von Bürgschaften für die SEG i.H.v. insgesamt 2.963.932,87 € (2.279.835,59 € + 684.097,28 €) zur Verbürgung von umzuschuldenden Darlehen.

AE: Einstimmiger Beschluss  
40 Ja-Stimmen

<b>20.</b>	<b>Bekanntgaben</b>	
------------	---------------------	--

<b>20.1.</b>	<b>Haushalt 2013/2014; hier: Rechtskraft des Haushaltes</b>	<b>IV / 20</b>
--------------	---	----------------

Der Rat nahm Kenntnis.

<b>20.2.</b>	<b>Jahresabschluss 2010 der Kreisstadt Siegburg; hier: Kenntnisnahme der Kommunalaufsicht</b>	<b>IV / 20</b>
--------------	---	----------------

Der Rat nahm Kenntnis.

<b>20.3.</b>	<b>Auszeichnung als „Europaaktive Kommune“</b>	<b>AöR</b>
--------------	--	------------

Herr Bürgermeister Huhn gab bekannt, dass die Stadt Siegburg mit einem Sonderpreis für besonders gute europäische und internationale Jugendarbeit als "Europaaktive Kommune" durch das Land Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet werde.

Der Rat nahm Kenntnis.

Anmerkung der Verwaltung:  
Den Sonderpreis vergab Ministerpräsidentin Hannelore Kraft am Freitag, 12. April, im Museum Kunstpalast in Düsseldorf im Rahmen eines Festaktes.

**20.4. Finanzierung des Ausbaus von Kindertagesstätten**

IV / 20

Herr Mast gab mündlich bekannt, dass es seit dem 1. Februar 2013 ein neues Finanzierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau zum Ausbau der U3-Betreuung in Kindertageseinrichtungen gebe. Die Verwaltung hat nach dem Bekanntwerden des Programms Mitte Februar für den Neubau der Kindertagesstätte Braschoss und den Kauf sowie die Erweiterung der Kindertagesstätte Zange entsprechende Anträge auf Direktkredite gestellt und zwischenzeitlich auch bereits Bewilligungen erhalten. Für den Kauf und die Erweiterung der Kindertagesstätte Katharinenstraße wurde ein Kredit in Höhe von 872.000 € genehmigt, für den Neubau der Kindertagesstätte Braschoss ein Kredit in Höhe von 600.000 €. Die Kredithöhe richtet sich nach der Anzahl der gesicherten und neu erstellten U3-Plätze. Beide Kredite sind so beantragt worden, dass sie innerhalb von 10 Jahren vollständig getilgt werden. Der aktuelle Zinssatz für die Kredite beträgt damit für die gesamte Laufzeit fest 0,1 %. Dies bedeutet, dass für den Kredit in Höhe von 872.000 € Gesamtzinsen in Höhe von lediglich 4.469 € zu zahlen sind und für den Kredit in Höhe von 600.000 € der Zinsaufwand 3.075 € beträgt. Daraus ergibt sich eine wesentliche Verbesserung der Zinsaufwendungen im kommunalen Haushalt im Vergleich zur bisherigen Kalkulation.

Der Rat nahm Kenntnis.

**20.5. Jahresabschluss 2012;  
Einleitung des Prüfverfahrens durch den  
Rechnungsprüfungsausschuss**

IV / 20

Herr Mast gab mündlich bekannt, dass die Kämmerei zwischenzeitlich den Entwurf des Jahresabschluss 2012 innerhalb der gesetzlich vorgesehenen Frist (31.3. des Folgejahres) aufgestellt habe. Nach Bestätigung des Entwurfes durch den Bürgermeister wird der Jahresabschluss in den nächsten Tagen den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses zugeleitet. Die Ratsmitglieder werden hierüber entsprechend informiert und erhalten ebenfalls einen Entwurf des Abschlusses. Anschließend erfolgt die vom Rechnungsprüfungsausschuss für 2012 bereits beauftragte Prüfung des Abschlusses durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DHPG Dr. Harzem und Partner, Bornheim, sodass die Feststellung des Jahresabschlusses, die nach der Gemeindeordnung bis zum Ende des Folgejahres stattfinden soll, bereits vor der Sommerpause im Stadtrat beraten werden kann. Damit werden alle gesetzlichen Fristen eingehalten.

Der Entwurf des Jahresabschlusses schließt mit einem Überschuss von rund 8 Mio € ab. Damit werden die der Haushaltsplanung für die Jahre 2013/2014 zu Grunde gelegten Annahmen – insbesondere hinsichtlich der Eigenkapitalentwicklung – eingehalten.

Der Rat nahm Kenntnis.

<b>21. Verschiedenes</b>	
--------------------------	--

Es wurden keine Themen erörtert.

Im Nachgang erkundigte sich Herr De Corné, warum die Bäume auf dem Grundstück Georgstraße / Annostraße gefällt worden seien.

Herr Bürgermeister Huhn sicherte eine schriftliche Beantwortung der Frage zur Niederschrift zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Im Rahmen einer Baumaßnahme wurde die beantragte Baumfällung von der Baumkommission geprüft und genehmigt. Die Beseitigung der Bäume wurde aus baulichen Gründen beantragt.

**Ende der öffentlichen Sitzung: 20:24 Uhr**

Presse und Zuhörer verließen den Sitzungssaal.